

Überlegungen zum Thema "Gerechter Friede angesichts des Terrors" in Berlin
Kamphaus, 11.10.2001

Bischof Franz Kamphaus

Pflugscharen zu Schwertern?
Gerechter Friede für eine Welt des Terrors

*Vortrag von Bischof Franz Kamphaus in der Katholischen Akademie Berlin
am 11. Oktober 2001*

Von den Ereignissen am 11. September ist die ganze Welt erschüttert worden. Viele Menschen fürchten einen nicht mehr kalkulierbaren Krieg, viele haben Angst vor neuen Terroranschlägen.

Auf einem Akademieabend der Katholischen Akademie Berlin stellte Bischof Franz Kamphaus auf dem Hintergrund der Ereignisse von New York und Afghanistan das Hirtenwort "Gerechter Friede" der Deutschen Bischofskonferenz vor.

Im Folgenden dokumentieren wir den Wortlaut des Vortrages.

1. Im Bann der Gewalt

"Gesetzt den Fall, Sie haben noch keinen umgebracht, womit erklären Sie sich das?" Diese provozierende Frage aus dem zweiten Tagebuch von Max Frisch ist so verblüffend wie abgründig erhellend: Nichts ist verdächtiger als der, der vorgibt, immer nur das Gute zu wollen. Für ihn sind die Bösewichte und Übeltäter stets die anderen. Nein, die Gewalttätigkeit steckt als Versuchung in uns selbst - und in der alten kirchlichen Lehre von der Erbsünde ist immer schon zum Ausdruck gebracht, wie sehr jeder von uns in einen Zusammenhang universaler Verblendung hineinverwickelt ist.

"Heute haben wir das Böse gesehen". Das sagten Augenzeugen der Terrorakte des 11. September. Das Böse - aufgeklärt wie wir sind, dachten wir im Grunde schon, es sei inzwischen abgeschafft. Theologen diskutieren, ob man noch vom Teufel reden kann oder besser nicht. Viele denken, durch die Aufklärung seien die Menschen endlich vernünftig geworden und über das Böse hinaus. Das 20. Jahrhundert müsste sie eines anderen belehren, und der Anfang des neuen Jahrhunderts und Jahrtausends leider auch. "Heute haben wir das Böse gesehen." Es gibt eine Evidenz der unmittelbaren Erfahrung, die durch theoretische Erörterungen nicht zu überholen ist.

Die Bibel ist entlarvend. Sie beschönigt oder verdrängt die Gewalttätigkeit des Menschen nicht, sie nennt sie beim Namen. Kein menschliches Thema, weder Arbeit noch Liebe, weder Familie noch Natur noch Bildung erscheint im Alten Testament so häufig und ist so drastisch dargestellt. Die Verschleierung der Gewalt wird zerrissen. Hier wird nicht weggeschaut, sondern hingeschaut auf das, was ist, auch was in uns selbst los ist, nicht nur bei den anderen. Das bewahrt vor jener Schwarzweißmalerei, die die Welt in zwei Lager einteilt und sich selbst auf jeden Fall im Lager der Guten ansiedelt. So einfach ist die Sache nicht.

"Heute haben wir das Böse gesehen". Wie reagieren wir? Am 12. September meinte Dagmar Reim in den Tagesthemen, in dieser Situation solle man das Neue Testament

einmal beiseite stellen und sich an die alte Devise erinnern "Auge um Auge, Zahn um Zahn". Da weiß man, wo man dran ist, da stimmt die Rechnung. Wie du mir, so ich dir. Gewalt gegen Gewalt. Das sitzt uns in den Knochen. Ist nicht das Vergeltungsprinzip ein realistisches, solides Fundament? Immerhin markiert es einen wichtigen Fortschritt in der Rechtsgeschichte. Gegenüber der archaischen Rache, die den einmal zugefügten Schaden maßlos und über Generationen hinweg nachgetragen und vergolten hat, garantiert das "Wie du mir, so ich dir" geordnete Verhältnisse. Ist es der Weisheit letzter Schluss? "Auge um Auge" macht schließlich alle blind - durch den Hass und überhaupt: Am Ende hat keiner mehr ein Auge.

2. Jesu Weg

Jesus ist nicht beim Vergeltungsdenken stehen geblieben. Er hat - vor allem in der Bergpredigt - einen neuen Weg eröffnet, seinen Weg. Er baut nicht auf die äußeren Machtmittel, sondern auf das innere Vermögen des Menschen, auf seine Liebesfähigkeit und seinen Glauben. Er baut nicht zuletzt auf seine Fähigkeit, in unausgeglichene Verhältnissen zu leben. Er traut dem Menschen zu, in Verhältnissen zu leben, in denen die Waage nicht waagerecht, sondern schief hängt, und das zu seinen Ungunsten. Leicht wird eine solche Haltung mit Dummheit und Schwäche oder Blauäugigkeit gleichgesetzt. Äußerlich betrachtet kann sie diesen Eindruck erwecken. Im Letzten jedoch ist sie nicht Ausdruck von Schwäche, sondern von Stärke.

Die Ethik der Bergpredigt beginnt nämlich nicht damit, sich schlagen zu lassen, sondern sich lieben zu lassen. Ihr Fundament ist der Glaube an Gott den Vater, der weiß, was wir brauchen, und der hinter uns steht. Wer sich auf ihn einlässt, der muss sein Leben nicht selber sichern. Er hat den Rücken frei. Wem Gott die Realität seines Lebens ist, der muss keine Angst mehr um sich selber haben. Er kann sich angstfrei den anderen zuwenden. Er kann auch Schläge einstecken, ohne dass sein Fundament dadurch ins Wanken gerät.

So wenig wie das Einstecken von Schlägen der Beginn der Ethik Jesu ist, so wenig ist es ihrer Weisheit letzter Schluss: "Halt auch die andere Backe hin." Jesus rät hier nicht zur Passivität, zum bloßen Hinnehmen. Er ermutigt und ermuntert zu einer neuen Initiative. Er setzt auf die Phantasie und Schöpferkraft der Liebe, die das Böse an der Wurzel zu überwinden sucht. "Besiege das Böse durch das Gute" (Röm 12,21).

Jesus hat nicht zurückgeschlagen. Er ging nicht über Leichen. Er widerstand der Versuchung, mit Macht die Welt in Ordnung zu bringen, mit Macht die sogenannten "klaren Verhältnisse" zu schaffen. Der nichts als Frieden wollte, wurde Opfer menschlicher Gewalt. Das Kreuz bringt ans Licht, was im Menschen steckt: Das ganze Ausmaß der Gewalttätigkeit in uns und um uns. Gott hält sich die Wunden der Gewalttat nicht vom Leibe, er trägt sie selbst; und er hat die Kraft, sie zu verwandeln - so wahr Jesus von den Toten auferweckt ist.

Das Kreuz offenbart, wozu menschliche Gewalttätigkeit fähig ist. Und es offenbart zugleich Gottes Gewaltlosigkeit. Wir sind nicht mit Gewalt erlöst, nicht durch die Liebe zur Macht, sondern durch die Macht der Liebe.

3. Zum Einsatz militärischer Mittel

In einer von Gewalt durchdrungenen Welt wird man zwar Selbstverteidigung und Nothilfe für die von ungerechter Gewalt Betroffenen nicht - als eine Option des Handeins - einfach

ausschließen können. Aber als Christen dürfen wir uns die Zwiespältigkeit, die auch mit solcher legitimen Gewaltanwendung einhergeht, nie ausreden lassen. Der Ungeduld, die immer wieder darauf drängt, den gordischen Knoten der Gewalt mit dem militärischen Schwert zu durchschlagen, dürfen wir uns ebenso wenig beugen wie der Gefahr zynischer Abstumpfung, die resigniert die Gewalttätigkeit als unveränderbar gegeben hinnimmt. In "Gerechter Friede" haben wir uns mit den Bedingungen eines legitimen militärischen Einsatzes auseinander gesetzt.

1. Das Prinzip der Erfolgsaussicht: "Es muss eine hinreichende Wahrscheinlichkeit bestehen, dass die Gewaltanwendung ihr Ziel tatsächlich erreichen kann und die Lage nicht etwa noch verschlimmert wird" (GF 155). Gibt es eine solche hinreichende Erfolgsaussicht bei den derzeitigen Militärschlägen gegen den Terrorismus? Oder wird dadurch die Lage in bestimmten Ländern und Regionen nicht noch weiter angeheizt und destabilisiert, so dass sich die Welt am Ende einer noch größeren Zahl hasserfüllter Terroristen gegenüber sieht?

2. Wir haben in "Gerechter Friede" auch die traditionelle kirchliche Lehre in Erinnerung gerufen, dass die Zivilbevölkerung bei einem Militäreinsatz so weit wie nur möglich von einer militärischen Gewaltanwendung verschont bleiben muss. Wer eine solche Aktion unternimmt, muss deshalb auch zeigen können, dass er sie erfolgreich durchführen kann, ohne unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung des attackierten Staates zu bringen.

3. Von besonderer Bedeutung ist das Völkerrecht. Wie schon beim Kosovo-Krieg wird jetzt deutlich, dass das Völkerrecht keine wirklich überzeugenden Lösungen für Situationen wie diese bereit hält. Die rechtliche Grundlage für die alliierten Aktionen stellt Artikel 51 der UN-Charta zum Selbstverteidigungsrecht der Staaten dar. Im Grundsatz gibt es offenbar einen Konsens darüber, dass dieser Fall gegeben ist. Der Sicherheitsrat hat sich mehrere Male mit der Sache befasst und einschlägige Resolutionen verabschiedet. Doch die Sache ist nicht ohne Fragen.

Die UN-Charta bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Staaten. Die Attentate sind offenbar nicht von Staaten als solchen ausgegangen, sondern von einer Verbrecherorganisation. Wenn aber Staaten - wie Afghanistan - solchen Banden Unterstützung bieten, sind sie mit verantwortlich. Weiter: Das Notwehrrecht betrifft den Fall einer militärischen Aggression. Liegt sie vor? Afghanistan hat sicher nicht angegriffen, folglich sind Militärschläge allenfalls unter präventivem Gesichtspunkt legitimiert. Präventive Maßnahmen scheinen insofern berechtigt, als Bin Laden keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit lässt, weiterhin terroristisch vorzugehen. Aber er und seine Organisation als eigentliche Adressaten von Aktionen existieren gleichsam völkerrechtlich nicht. Das Taliban-Regime ist völkerrechtlich nicht anerkannt und zudem nicht direkt verantwortlich.

Fragen sind allemal am Platz und dürfen nicht als Verstoß gegen die Bündnisverpflichtungen diffamiert werden. Wenn die Terroristen Verbrecher sind, müssten Gegenmaßnahmen streng polizeilichen Charakter haben. Ansonsten könnte man auch gegen die Mafia militärisch vorgehen. Wenn es sich um Kriegsgegner handelt, dann heißt das: Wir haben unter der Hand den Kriegsbegriff ausgeweitet und zwar in einer Weise, die völkerrechtlich höchst fragwürdig ist.

4. Militärische Mittel dürfen in jedem Falle nicht das einzige und auch nicht das vorrangige Instrument sein, mit dem wir auf die Herausforderungen von Terror und Gewalt reagieren.

Gewaltärmere Mittel sind vorzuziehen. Darum ist es gut, dass die allermeisten Staaten jetzt zusammenstehen wollen, um die Bewegungsfreiheit und die Handlungsspielräume gewalttätiger Gruppen einzuschränken und sie von ihren Finanzquellen abzuschneiden.

4. Das kleinere Übel

Gewaltlosigkeit im Sinne des Evangeliums ist kein Prinzip, eher ein Rat. Man kann nicht den Gewaltverzicht anderer fordern, wenn es um ihr Leben geht. Doch der Abscheu gegenüber Gewalt und Blutvergießen muss auch die noch prägen, die im Notfall zur Gewalt greifen. Er kann verhindern, der Faszination der Gewalt zu erliegen, die als Macht über Leben und Tod besonders verführerisch wird. Die Eigendynamik der Militärmaschinerie ist höchst gefährlich. Krieg als Computerspiel! Offen gesagt: Die von unseren führenden Politikern immer neu bekundete uneingeschränkte Zustimmung zu den militärischen Aktionen verschlägt mir den Atem.

Der Geist der Gewaltlosigkeit, aus dem Jesus gelebt und gewirkt hat, kann in einer von Gewalt durchdrungenen Welt nicht davor bewahren, in Situationen zu geraten, die zum Schutz von Leib und Leben nach Gegengewalt rufen. Wohl aber hält er das Gespür dafür wach, dass auch solche hindernde und schützende Gewalt als das kleinere Übel ein Übel bleibt, ein schmerzlicher Makel an der Gestalt der Welt. Eben darum treibt dieser Geist auch dazu an, dass es in kluger Vorsorge möglichst nicht zu einer solchen Dilemma-Situation kommt. Mit dem Übel notwendiger Gewalt lässt sich zwar zur Not leben; mehr zu denken ist Christen aber nicht erlaubt. Es gibt für sie keine Alternative zu dem Ziel, Gewalt zu verhindern oder wenigstens zu mindern und ihre Folgen zu lindern. Die Maxime lautet daher: Vorbeugen ist besser als heilen, Prävention geht vor Reaktion und Vergeltung.

Gott Dank haben in unseren Tagen Wörter wie Gewaltprävention, Gewaltverhütung, Gewaltminderung in der Sicherheitspolitik einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Nur so werden die uralten Teufelskreise von Gewalt und Gegengewalt, von Demütigung und Rache durchbrochen. Nur so werden nicht immer neu aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer. Nur so ist das Ende einer gewalttätigen Auseinandersetzung nicht zugleich der Beginn neuer Gewalttaten. Wir haben doch vor zwölf Jahren - daran darf man erinnern, auch wenn die Situation heute eine ganz andere ist, Erfahrungen gemacht, die wir nicht vergessen dürfen: Gewaltfreiheit kann Geschichte machen, runde Tische dienen dem Frieden, Vertrauen kann Angst überwinden.

5. Gewaltprävention

Den brutal agierenden Gewalttätern ist nicht mit Gegengewalt allein beizukommen. "Der globale Terrorismus gleicht einem Krebs mit vielen unsichtbaren Herden. Es reicht nicht, nur ein Karzinom herauszuschneiden, denn was bleibt, streut. Vor allem darf der Patient nicht getötet werden. Der Patient? Das sind die Geschundenen und Unterdrückten von Afghanistan, das sind wir - unsere liberale Staats- und Wirtschaftsordnung" (J. Joffe). Das ganze Kriegsmaterial, die mit Hochtechnologie voll gestopften Raketen, Panzer und Bomber taugen nur sehr, sehr eingeschränkt zur Terrorbekämpfung, so wenig wie der überkommene Begriff "Krieg" die Situation zutreffend beschreibt. Raketen können den terroristischen Gruppen und halbstaatlichen Organisationen eben nicht den Sauerstoff der kulturellen und politischen Zustimmung abdrehen. Derzeit sind sich ziemlich alle einig, dass der Kampf gegen den Terrorismus im wesentlichen präventiv geführt werden muss. Da rennt man also offene Türen ein. Nur - wie ernsthaft und glaubwürdig sind solche Beteuerungen?

Oft ist in diesen Tagen von Entschlossenheit, Unnachgiebigkeit und Opferbereitschaft die Rede. Es wäre viel gewonnen, wenn diese Tugenden nicht nur im Blick auf Militäreinsätze beschworen würden, sondern vor allem im mühsamen Ringen um eine Politik der Gewaltvorbeugung zum Tragen kämen. Gibt es ein Konzept dafür? Viele Maßnahmen der Politik sind zu kurzatmig, stehen unter dem Druck der Öffentlichkeit, der Medien. Die Frage ist, wie wir eine gesellschaftliche Entwicklung anstoßen und unterstützen können, die nicht immer nur neue Gewalt hervorbringt, sondern die Herrschaft der Gewalt in den Köpfen und Herzen der Menschen zurückdrängt, nicht zuletzt in unseren eigenen. Die Politik muss darin investieren, Krisen vorzubeugen statt nur Konflikte zu managen.

Wer auf die mittel- bis langfristigen Konfliktperspektiven hinweist, begegnet allzu oft dem Einwand, dass seine Handlungsvorschläge Dringlicherem zu weichen hätten. Man betrachte nur die geradezu skandalöse Diskrepanz zwischen den Finanzmitteln für den Militäreinsatz im Kosovo und jenen bescheidenen Mitteln, die nach heftigem Ringen für den Stabilitätspakt und den Wiederaufbau bereitgestellt wurden (vgl. Ruanda, Sudan, Irak, Palästina). Die humanitäre Hilfe, die derzeit medienwirksam in Afghanistan geleistet wird, steht in gar keinem Verhältnis zum Aufwand der militärischen Mittel. Ich will die Carepakete nicht madig machen, ich hab' in der Nachkriegszeit über Jahre selbst davon gelebt. Aber die Frage bleibt: Einen übergroßen Teil der Intelligenz investieren wir in immer perfektere Waffensysteme, statt diese Intelligenz für die Entwicklung der armen Völker einzusetzen. Die Armen hungern nicht, weil wir zuviel essen, sondern weil wir zu wenig denken, zu kleinkariert an unsere eigene Sicherheit, zu kurzfristig nur an unsere eigenen Interessen. In Sachen ökonomischer Globalisierung sind wir Riesen, in Sachen globaler Solidarität sind wir Zwerge. Wir investieren in Waffen, und die Krisenherde in der Welt wachsen und produzieren neue Kriege.

1. Besondere Bedeutung kommt dem Einsatz für eine durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Armen zu. Auch wenn unter den Terroristen von New York und Washington gut ausgebildete Ingenieure gewesen sein mögen: Es sind vor allem die Elendsquartiere in vielen arabischen und muslimischen Ländern, die junge Leute in Entwurzelung und Perspektivlosigkeit stürzen und den Nährboden bilden für Fanatismus und Gewaltbereitschaft. Sicher kommt der Nachwuchs der Terroristen nicht unmittelbar von dort. Aber das Elend der Slums, Lager und Hungerzonen nährt das Verständnis und die Zustimmung für Angriffe gegen die westlichen Metropolen. Keine Frage: Aktuell geht es darum, den Terroristen in den Arm zu fallen und sie an weiteren Verbrechen zu hindern. Aber auf Dauer werden wir den Terrorismus nur in den Griff bekommen, wenn wir uns den Ursachen des abgrundtiefen Hasses stellen, der die Täter und ihre wohl nicht ganz kleine Zahl von Sympathisanten treibt. Das kostet Geld und Respekt vor dem anderen. Reiche Industrieländer unterstützen arme Länder, indem sie diese fair am Welthandel beteiligen und auf Protektionismus verzichten. Oder indem sie diesen Ländern ihre Schulden erlassen und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe geben, eine Hilfe, die mehr ist als Transfer von Geld und westlichem Know-how. Derzeit verringern die Industrieländer seit Jahren ihre Hilfe, schreiben ganze Kontinente ab. Wir investieren weit mehr in Waffen als in Entwicklung.

2. Es ist Zeit, die westliche Selbstgewissheit zu hinterfragen. Wir müssen uns eingestehen, dass wir mindestens ebenso Teil des Problems sind, wie wir Teil der Lösung werden können. Der Hass gegen alles Westliche, der im Terrorismus seinen dramatischen und mörderischen Ausdruck findet, wird schließlich nicht nur durch die wirtschaftlichen, sondern auch durch die politischen und kulturellen Ungleichgewichte der

heutigen Weltsituation genährt. Gerade in den muslimisch geprägten Ländern haben viele den Eindruck, ihre Kultur und ihre Traditionen würden bei uns im Westen nicht ernst genommen, ja sogar verachtet. Allzu viele sind überzeugt, selbst die Menschenrechte seien letztlich nur ein Vehikel, mit dessen Hilfe die Länder Europas und Nordamerikas die islamischen Gesellschaften aushöhlen und von ihren Wurzeln abschneiden wollten, um sie auf Dauer kulturell, politisch und wirtschaftlich (erneut!) kolonisieren zu können. Wir müssen solchen Vorhaltungen widersprechen, aber wir sollten doch die tiefsitzende Verwundung ernst nehmen, die uns hier entgegen tritt. Und wir müssen uns auch fragen, welche geschichtlichen und auch aktuellen Erfahrungen das Ressentiment in der islamischen Welt gegenüber dem Westen immer wieder anfachen. Vielleicht gehört es ja zur Pathologie der international dominierenden Länder und Gesellschaften, die Verletzungen und Demütigungen, die sie anderen zufügen, gar nicht mehr wahrzunehmen. Es kann nicht darum gehen, andere Völker und Kulturen in die Knie zu zwingen, wir müssen helfen, dass sie auf die Beine kommen.

3. Ein fauler Friede, der sich mit Ausbeutung und Ungerechtigkeit abfindet, darf unsere Sache nicht sein. Es ist offensichtlich: Friede kann nur werden, wo Recht herrscht. Dabei ist die konkrete Anerkennung und Respektierung der Menschenwürde, wie sie in den Menschenrechten zum Ausdruck kommt, von fundamentaler Bedeutung. Bei der Verfolgung der Straftäter sind rechtsstaatliche Kriterien zu beachten. Parolen wie "Tot oder lebendig" haben keinerlei Recht. Nur wenn es uns gelingt, die Menschenrechte zur Grundlage der internationalen Beziehungen werden zu lassen, nur wenn auch in der Art wie wir Wirtschaften und Gesellschaften organisieren, Menschenwürde und Menschenrechte zum Zuge kommen, können Grundlagen für einen nachhaltigen Frieden geschaffen werden. Es geht darum, das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts zu ersetzen. Menschenrechte und Gerechtigkeit sind Grundlage einer erfolversprechenden Friedenspolitik und als solche unteilbar. Die Koalition gegen den Terrorismus umfasst in dieser Hinsicht höchst zweifelhafte Bündnispartner. So notwendig etwa die Einbindung Russlands in die Antiterror-Koalition ist, sie wäre zu teuer bezahlt, wenn wir dafür die massive Missachtung der Menschenrechte in Tschetschenien widerspruchslos in Kauf nehmen würden.

4. Die gegenwärtige Unsicherheit der Rechtslage und die Eigenart der verfügbaren Mittel (Militär) machen deutlich, wie notwendig es ist, das internationale Recht weiter zu entwickeln, die internationale Gerichtsbarkeit auszubauen und die UN auf geeignete Weise mit Zwangsmitteln auszustatten. Es fehlt der politische Wille zum Ausbau verbindlicher internationaler Rechtsstrukturen. Das erklärt zu einem großen Teil die Mängel und Regelungslücken des geltenden internationalen Rechts. Wer ernsthaft für die Stärkung der Mittel und Methoden zur Gewaltprävention eintritt, muss eine Politik zu überwinden suchen, die von nationalstaatlicher Interessenkonkurrenz bestimmt ist. Politiker müssen erkennen, wie sehr faktisch das Schicksal ihres eigenen Landes in das der Völkergemeinschaft verwoben ist. Gefragt ist eine Weltinnenpolitik, die sich den Anforderungen eines global verstandenen Gemeinwohls stellt. Das Wohl der Völkergemeinschaft wird dort verletzt, wo nationalstaatliche Interessenverfolgung überkommene Unrechtsverhältnisse festschreibt oder zu neuen Formen von Ungerechtigkeit führt. Die Idee einer internationalen Rechtsordnung ist seit langem in der katholischen Soziallehre verankert und Teil ihres Friedensdenkens.

6. Interreligiöser Dialog

Die Bibel belegt, dass zwischen Gewalt und Religion eine ebenso uralte wie tiefgründige Wechselbeziehung besteht. Da muss man sich nur an die Religions- und Konfessionskriege erinnern oder auf den schier unlösbaren Konflikt im Nahen Osten schauen. Daher zählen der interreligiöse Dialog und die interreligiöse Begegnung zu den vorrangigen Pflichten aller Religionen. Sie sind Voraussetzungen einer Gesellschaft verschiedener Kulturen. Mag sein, dass der Einfluss der christlichen Kirchen in Europa weiter schwindet. Es wäre irrig, daraus zu schließen, die Religion als solche oder die Religionen seien künftig politisch irrelevant. Vieles spricht eher für das Gegenteil. Das Bischofswort hält sich gegenüber der populären These vom unvermeidlichen Zusammenprall der Kulturen oder Zivilisationen (Huntington) erkennbar zurück. Es lässt aber keinen Zweifel an dem hohen Rang, den der Umgang mit religiösen Überzeugungskonflikten zuerkannt werden muss. "Bis heute hält sich bei vielen Menschen die feste Überzeugung oder zumindest der Verdacht, vor allem die monotheistischen Religionen seien ihrem Wesen nach intolerant und friedensunfähig. Dieses muss als Anfrage theologisch ernst genommen und praktisch beantwortet werden. Über die notwendige ehrliche Selbstkritik der Religionsgemeinschaften hinaus hängen deswegen ihre Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft entscheidend davon, ob und wie weit sie in ihren tätigen Einsatz für den Frieden, für die Rechte und legitimen Interessen anderer Menschen und Gruppen eintreten " (192).

Im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils (Nostra aetate) hat der Papst am 6. Mai dieses Jahres beim Besuch der Omajyadenmoschee in Damaskus vom "respektvollen Dialog" gesprochen. Er versteht Muslime und Christen "nicht als Gegner, wie es in der Vergangenheit allzu oft geschehen ist, sondern als Partner für das Wohl der " Menschheitsfamilie, besonders in der Erfüllung unserer Pflicht, sich um die Armen und Schwachen zu kümmern."

Begegnen sich Christen und Muslime in Deutschland in diesem Geist? In weiten Kreisen der Bevölkerung und nicht zuletzt auch der Christen weckt die wachsende Präsenz der Muslime eher Sorgen als Begeisterung. Bekommen wir Christen es angesichts des Islam mit der Angst zu tun? Je eindeutiger wir im eigenen Glauben zu Hause sind, desto offener können wir die gegenwärtige Herausforderung als Chance begreifen, im Glauben und "als Partner für das Wohl der Menschheitsfamilie" zu wachsen. Eine sprachlose Koexistenz führt nicht weiter. Wir müssen uns ehrlich und in gegenseitigem Respekt sagen, wie wir zueinander stehen. Auch kritische Fragen dürfen nicht ausgeklammert werden. Der Dialog von Christen und Muslimen wird sich in der Spannung von Respekt und Auseinandersetzung vollziehen müssen, ohne Berührungsangst und ohne Unterscheidungsangst. Christliche Maßstäbe zurückzustellen, um Konflikten aus dem Wege zu gehen, ist ebenso unverantwortlich, wie die Bundesgenossenschaft im Dienst am Menschen zu unterlassen.

Pflugscharen zu Schwertern? Die Religionen sind den Pflugscharen verpflichtet. Es ist schrecklich, wenn sie zu heiligen Kriegen oder Kreuzzügen rüsten oder missbraucht werden, von wem auch immer. Ihre Aufgabe ist es, der Friedensvision der Propheten in unserer Welt den Weg zu bereiten: "Er spricht Recht im Streit vieler Völker, er weist mächtige Nationen zurecht bis in die Ferne. Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg" (Mi 4,3f.; vgl. Jes 2,2-4). Gebe Gott!